

in Form von Maschinen, Düngemitteln und industriell hergestellten Futtermitteln einsetzen. Auch der Kleinbauer muß die Technik kaufen, obwohl er sie nicht auslasten kann. Milliarden von Fehlinvestitionen sind die Folge.

Die Produktionsmittelpreise werden von den Profitinteressen der Industrie-, Handels- und Bankmonopole diktiert. Das trifft die Bauern immer härter, denn gegenwärtig betragen die industriellen Vorleistungen am Endprodukt der Landwirtschaft in der BRD bereits 55 Prozent. Schon die kleinste Preiserhöhung spürt der Landwirt finanziell an seinem Betriebseinkommen. Die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel sind seit 1970 in der BRD um 50 Prozent, im Durchschnitt der EWG-Länder sogar um 68 Prozent gestiegen.

Konnte der BRD-Bauer 1966 für den Erlös von 294 kg Weizen 100 kg Kalkstickstoff kaufen, so muß er heute dafür 489 kg Weizen aufwenden. Einen Kartoffelroder erwarb er 1966 vom Erlös für 16 Tonnen Kartoffeln; heute sind für die gleiche Maschine 39 Tonnen Kartoffeln notwendig. Selbst für bisher noch als ökonomisch stark geltende Landwirtschaftsbetriebe wird die Wirtschaftslage immer komplizierter.

Durch Überarbeit, Unterkonsum und weitere Steigerung der Pflanzen- und Tierproduktion bemühen sich die Bauern, die höheren Ausgaben für Betriebsmittel auszugleichen. Aber sie müssen ihre Agrarprodukte zu über 90 Prozent an die kapitalistischen Handels- und Verarbeitungsunternehmen verkaufen. Diese diktiert über den Marktmechanismus den Erzeugerpreis.

Von einer Mark, die der Werktätige heute für Nahrungsmittel ausgibt, erhält der Bauer in der BRD nur noch 41 Pfennig, bei Brotgetreide sind es sogar nur elf und bei Zucker 31 Pfennig.

Der Landwirtschaft der BRD wurden auf diese Weise nach dem zweiten Weltkrieg über 80 Milliarden DM entzogen. Allein im Jahre 1977 wurde infolge der Preis-Kosten-Schere, der Auswirkungen der EWG-Agrarpolitik und der Ertragsausfälle auf Grund der ungünstigen Witterungsverhältnisse mit einer Einkommensminderung der Landwirtschaft von über

zehn Prozent gerechnet. Die Verschuldung der Landwirtschaft ist auf über 30 Milliarden DM angewachsen. Faktisch befindet sich ein Drittel des bäuerlichen Eigentums in der Verfügungsgewalt der kapitalistischen Banken. Für diese gewaltige Schuldenlast muß die Landwirtschaft jährlich über zwei Milliarden DM Zinsen zahlen.

Steigende Lebenshaltungskosten für die Werktätigen

Die Landwirtschaft produziert die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen Nahrungsmittel. Aber die kapitalistischen Konzerne der Nahrungsmittelindustrie und des Großhandels bestimmen, wie hoch dieser Warenkorb von den Arbeitern und Angestellten bezahlt werden muß.

Während die Erzeugerpreise für Weizen seit 1954 nahezu unverändert blieben, sind die Ladenpreise für ein Kilogramm Mischbrot von 0,70 DM auf 2,98 DM angestiegen. Der Erzeugerpreis für lebende Schweine stieg von 2,48 DM auf 3,09 DM je Kilogramm, aber der Preis für Kotelett hat sich verdoppelt und beträgt 10,80 DM je Kilogramm. Insgesamt stiegen die Preise für

Nahrungsmittel in der BRD von 1970 bis September 1977 um 44,5 Prozent. Ein Prozent Erhöhung der Nahrungsmittelpreise bedeutet heute, daß die Werktätigen fast eine Milliarde DM mehr für den Lebensunterhalt ausgeben müssen.

In den kapitalistischen Ländern spüren die Werktätigen täglich die Auswirkungen dieser monopolistischen Preistreiberei. Im Durchschnitt der EWG-Länder müssen die Familien 38,2 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden. Ein Drittel der Bevölkerung, das sind kinderreiche Familien, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner, muß dafür sogar 51 Prozent des Einkommens ausgeben.

Werktätige Bauern sind im Kapitalismus ohne Zukunft

Auf Kosten der Steuerzahler werden vom monopolistischen Staat beträchtliche Mittel als Agrarsubventionen zur Verfügung gestellt. Es zeigt sich aber, daß diese Subventionen das Ansteigen der Ladenpreise nicht mindern. Im Gegenteil: Mit steigenden Subventionen erhöhen sich die Nahrungsmittelpreise in den Geschäften.

Die Masse der Agrarsubventionen wird für die Strukturpolitik, zur Herausbildung großer kapitalistischer Betriebe eingesetzt. Diese Subventionen sind also gegen die Masse der

werktätigen Bauern gerichtet. Eine weitere große Summe fließt zur Förderung der „Vermarktung“ direkt in die Hände der Konzerne der Nahrungsgüterindustrie. 1976 wurden zum Beispiel den Monopolen der Ernährungsindustrie in den EWG-Ländern 13,8 Milliarden DM zugeschanzt.

Die Agrarpolitik des Imperialismus beruht auf der sozialen Diskriminierung der werktätigen Bauern. Die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe werden durch Förderungsmaßnahmen begünstigt, während die Masse der kleinen und